

## **Stellungnahme**

# **Zur Überarbeitung der De-minimis-Verordnung**

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.**

Der Bundesverband der Deutschen Industrie begrüßt, dass die Europäische Kommission die Diskussion um eine verstärkte Transparenz der De-minimis-Beihilfen und um eine Anpassung des Schwellenwertes nach ihren Konsultationen 2019 wieder aufgegriffen und entsprechende Vorschläge vorgelegt hat.

### **Anhebung des De-minimis-Schwellenwertes**

Der Schwellenwert für die Gewährleistung von Beihilfen wurde seit 2006 nicht mehr verändert. Der BDI hatte sich im Vorfeld der Konsultation für eine deutliche Anhebung des Schwellenwertes ausgesprochen. Die nun vorgeschlagene Erhöhung auf 275.000 EUR erscheint mit Blick auf die Inflationsentwicklungen der letzten 16 Jahre und die zu erwartenden Preissteigerungen der kommenden Jahre sowie die großen wirtschaftlichen Herausforderungen der grünen und digitalen Transformation allerdings nicht sehr weit gegriffen. Bei der letzten Anhebung im Jahr 2006 war der damalige Wert von 100.000 EUR verdoppelt worden. Wir würden es begrüßen, wenn die Kommission auch in der aktuellen Überarbeitung eine weitere Erhöhung des De-minimis-Schwellenwertes vorsehen würde. Dies würde es den Mitgliedstaaten erleichtern, Unternehmen schnell und unbürokratisch zu unterstützen und weitere Ressourcen bei der Europäischen Kommission schaffen, um sich in der Prüfung auf die größeren Beihilfefälle konzentrieren zu können. Eine weitere Anhebung würde sich auch in die im Vorfeld des Europäischen Rates im Dezember 2022 von Kommissionspräsidentin von der Leyen vorgegebene Strategie einfügen, die Beihilfevergabe weiter zu vereinfachen und die Anmeldeschwellen zumindest für bestimmte Arten von Beihilfen deutlich hochzusetzen. Befürchteten Wettbewerbsbeschränkungen durch De-minimis-Beihilfen kann und sollte durch verstärkte Transparenzanforderungen entgegengewirkt werden.

### **Einrichtung nationaler oder europäischer Zentralregister**

Der BDI hat sich stets für die Notwendigkeit einer effektiven Beihilfenkontrolle in den Mitgliedstaaten eingesetzt. Dies setzt funktionierende Meldesysteme voraus, die ein transparentes System der Beihilfengewährung garantieren. Der durch die Einrichtung nationaler Zentralregister für De-minimis-Beihilfen zunächst entstehende zusätzliche Verwaltungsaufwand kann gerechtfertigt werden, da ein solches Register dazu beitragen kann, ein Übermaß an staatlichen Beihilfen zu vermeiden und die Transparenz in der Beihilfengewährung zu erhöhen. Durch die zentrale Auswertung des Einsatzes von De-minimis-Beihilfen kann die Effizienz von Beihilfen besser beurteilt werden. Ebenso dürfte eine zentrale Auswertung auch einen besseren Aufschluss darüber geben, in welcher Höhe der Grenzwert von De-minimis-

Beihilfen bei möglichen künftigen Anpassungen festgelegt werden sollte. Den Mitgliedstaaten, die bislang noch kein Zentralregister genutzt haben, sollte eine angemessene Frist zur Einrichtung des Registers gewährt werden; die bislang vorgesehenen sechs Monate erscheinen in diesem Zusammenhang recht kurz.

Das Register sollte auch die Unternehmen selbst bei der Antragstellung unterstützen, indem die eigenen unternehmens- und konzernspezifischen Daten zu erhaltenen De-minimis-Beihilfen unter Wahrung datenschutzrechtlicher Grundsätze abgerufen werden können. Dies würde das unternehmensinterne Monitoring erhaltener Beihilfen deutlich erleichtern und den Evaluierungsaufwand für Anträge auf De-minimis-Beihilfen reduzieren. Der Begriff des Einzelunternehmens in der De-minimis-Verordnung ist sehr weitgefasst. Das führt zu einem hohen bürokratischen Aufwand, gerade für große Konzerne, bei denen bei jeder Beihilfebeantragung das jeweilige Unternehmen zunächst für die gesamte Unternehmensgruppe prüfen lassen muss, welche möglichen De-minimis-Beihilfen in den vergangenen drei Jahren gewährt wurden. Zudem erscheint die automatische Einbeziehung aller verbundenen Unternehmen in die Prüfung auch nicht angemessen. In der Regel profitiert nur das beantragende Unternehmen – vorhabenbezogen – von der gewährten Beihilfe, ohne Weitergabe an die Muttergesellschaft oder andere Teile der Unternehmensgruppe. Hieran ändert beispielsweise auch das Vorhandensein eines beherrschenden Einflusses nichts. Eine Quersubventionierung wird durch die Prüfung der Verwendungsnachweise ausgeschlossen.

## **Beihilfen in Form von Darlehen und Garantien**

Der in Art. 4 enthaltene „safe harbour“ für Darlehen und Garantien, die bestimmten Voraussetzungen entsprechen, verringert den Verwaltungsaufwand bei der Gewährung von Kleindarlehen an Unternehmen deutlich, da die Verpflichtung zur Berechnung des Bruttosubventionsäquivalents entfällt. Allerdings ist die vorgeschlagene Anhebung der Grenzwerte, ähnlich wie im Falle des De-minimis-Schwellenwertes, nicht ausreichend. Zudem ist die Begrenzung der Laufzeit des der Kreditbürgschaft bzw. der Garantie zugrunde liegenden Darlehens auf 5 Jahre zu kurz bemessen. Denn die Laufzeit solcher Darlehen ist häufig länger. Auch erfordert die Investitionsfinanzierung oft längere Laufzeiten als 5 Jahre. Falls eine Laufzeitbegrenzung beibehalten werden soll, müsste diese sich an den tatsächlichen Notwendigkeiten ausrichten. Bei der Finanzierung baulicher Investitionen müsste diese bei mindestens 20 Jahren, bei sonstigen Finanzierungen, etwa zur Betriebs- und

Geschäftsausstattung bei mindestens 10 Jahren und bei der Betriebsmittelfinanzierung bei mindestens 8 Jahren liegen; diese Laufzeiten spiegeln die Praxis der Finanzierung wider. Eine Begrenzung auf Darlehen mit einer Laufzeit auf 5 Jahre verringert den Anwendungsbereich der Befreiungsregelung deutlich. Die Erhöhung der Laufzeitbegrenzung auf 10 Jahre bei gleichzeitiger Halbierung der Darlehenssumme stellt keine wesentliche Hilfe dar. Zu kurze Laufzeiten in der De-minimis-Verordnung schaden dem hohen langfristigen Finanzierungsbedarf gerade des industriellen Mittelstands; hiervon sind sowohl das Bürgschaftsgeschäft wie auch die Kreditvergabe von öffentlichen Kreditinstituten betroffen.

## **Über den BDI**

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung. Und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 40 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

## **Impressum**

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Breite Straße 29, 10178 Berlin

[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

EU-Transparenzregister: 1771817758-48

## **Ansprechpartner**

Nadine Rossmann

Abteilung Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik

T: +32 2 792-1005

[N.Rossmann@bdi.eu](mailto:N.Rossmann@bdi.eu)

Dr. Ulrike Suchsland

Abteilung Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik

T: +49 30 2028-1408

[U.Suchsland@bdi.eu](mailto:U.Suchsland@bdi.eu)

BDI Dokumentennummer: D1706